

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **06.06.2011** Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/WuF/048

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:29 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:28 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:20 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina
Lüddecke, Dieter
Rheinhardt, Michael
Walter, Klaus-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Morich, Hans-Dieter
Rück, Stefanie

Vertreterin f. Herrn Schulz
Vertreter f. Herrn Pilgrim
Vertreterin f. Herrn Hinz

Beratende/s Mitglied/er

Abend, Sven
Apel, Robert

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Piel, Anja
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Twesten, Manfred

- bis TOP 6.1, 16.43 Uhr -

- bis TOP 6.1, 16.43 Uhr -

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Wahl eines/einer neuen stellv. Ausschussvorsitzenden
3. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 14.04.2011 und 10.05.2011

4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Anfragen laut Geschäftsordnung
6. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915
- 6.1. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915/1
7. Betreuungszeiten im Kindergarten Allerleirauh
Vorlage: 2011 0919
8. Betreuungszeiten im Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt
Vorlage: 2011 0920
9. Außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für die Grund- und Hauptschule I
Vorlage: 2011 0950
10. Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf - Haushaltsjahre 2007 bis 2009 -
Vorlage: 2011 0949
11. Haushaltssicherungskonzept 2011 - Ergänzung
Vorlage: 2011 0947
12. Beschluss über die Verkaufspreise und das Vergabeverfahren für die Baugrundstücke im Neubaugebiet "Flachsfeld 2" in Schillerslage
Vorlage: 2011 0937
13. Transferleistungen an die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH (WBB)
Vorlage: 2011 0954
14. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Wahl eines/einer neuen stellv. Ausschussvorsitzenden

Vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen wurde der bisherige stellv. Vorsitzende, **Herr Gerald Hinz**, einstimmig zum neuen stellv. Vorsitzenden gewählt.

3. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 14.04.2011 und 10.05.2011

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 14.04.2011 wurde bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 10.05.2011 wurde bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps informierte kurz über das (den Ausschussmitglieder bereits vorliegende) regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2011. Insbesondere die Prognose beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liege mit einem Mehrertrag von rd. 150 T€ deutlich hinter den Erwartungen, da die Zahlung für das 1. Quartal 2011 rd. 197 T€ über der des entsprechenden Vorjahresquartals lag.

Weiter teilte **Herr Philipps** mit, dass im Laufe des Jahres für in Anspruch genommene Liquiditätskredite bisher 22.600 € an Zinsen zu zahlen gewesen seien. Es könne davon ausgegangen werden, dass der im Haushalt eingeplante Ansatz von 300.000 € Zinsausgaben für Liquiditätskredite nicht ausgeschöpft werden wird.

Herr Strecker teilte mit, dass lt. einem Zeitungsartikel vom Nieders. Landesrechnungshof bemängelt worden sei, dass das Land zu viel Geld für die Schaffung von Krippen ausgegeben habe. In Burgdorf seien jetzt 30% der geforderten Krippenplätze geschaffen. Im nächsten Jahr werde durch den Anbau der Krippe am AWO-Kindergarten die geforderte Quote von 35 % erreicht. Hierfür werde Burgdorf aber keine Zuschüsse mehr vom Land erhalten.

Weiter teilte **Herr Strecker** mit, dass durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund eine Entlastung von rd. 400 Mio. € für Niedersachsen entstehen würde. Er hoffe, dass dieser Betrag auch vollständig bei den Kommunen ankommen werde.

Hierzu erklärte **Herr Lüddecke**, dass die Region Hannover bereits einen Betrag von 50 Mio. € im Haushalt eingesetzt habe, woraus zu schließen sei, dass der Betrag von 400 Mio. € auch bei den Kommunen ankomme.

5. Anfragen laut Geschäftsordnung

- K e i n e -

**6. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915**

**6.1. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915/1**

Frau Piel erläuterte die Vorlage und wies darauf hin, dass ein sofortiger Ausstieg aus dem Bezug von Atomstrom aufgrund bestehender Verträge und Ausschreibungen nicht möglich sei.

Herr Rheinhardt erklärte für die SPD-Fraktion, dass diese sich mit der Vorlage noch nicht befasst habe. Es sei erkennbar, dass atomfreier Strom teurer werde, aber man sei bereit, ggf. einen höheren Preis zu zahlen.

Auf Nachfrage von **Herrn Lüddecke** erklärte **Frau Piel**, dass die Ausschreibung für die Sondervertragsstellen bereits laufe. Nach Vergabe könne geprüft werden, ob für diese Sonderverträge dann noch Nachverhandlungen geführt werden können. Dieses müsse aber vorher rechtlich abgesichert sein.

Nach weiterer Diskussion über einen – in mehreren Etappen möglichen – Ausstieg aus der Atomstromnutzung wurde die Vorlage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen als behandelt betrachtet.

**7. Betreuungszeiten im Kindergarten Allerleirauh
Vorlage: 2011 0919**

Herr Strecker teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss einstimmig empfohlen habe, die Betreuungszeiten auszuweiten.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, dem Antrag des Kindergartens Allerleirauh auf Ausweitung der Betreuungszeiten zu entsprechen. Weiter empfiehlt er, den Betrag von 7.500,- € im Wege einer überplanmäßigen Ausgabe bereit zu stellen.'

**8. Betreuungszeiten im Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt
Vorlage: 2011 0920**

Herr Strecker erläuterte kurz die Vorlage und erklärte, dass der Jugendhilfeausschuss auch hier einstimmig empfohlen habe, eine Ausweitung der Betreuungszeiten zu beschließen.

Frau Rück wies darauf hin, dass im Jugendhilfeausschuss die Aussage getroffen wurde, dass für das Jahr 2011 lediglich ein Mehrbedarf von 800 € und ab 2012 von rd. 1.900 € anfallen werde.

Von **Herrn Strecker** wurde bis zur Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss eine Überprüfung des tatsächlich anfallenden Mehrbedarfs zugesagt.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, dem Antrag der AWO Jugendhilfe und Kindertagesstätten gGmbH auf Ausweitung der Betreuungszeit in der AWO Kindertagesstätte in Burgdorf zu entsprechen. Weiter empfiehlt er, den Betrag von 1.400,- € im Wege einer überplanmäßigen Ausgabe bereit zu stellen.‘

**9. Außerplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für die Grund- und Hauptschule I
Vorlage: 2011 0950**

Herr Strecker erklärte, dass es sich hier nicht um eine außerplanmäßige Ausgabe im eigentlichen Sinne handele, sondern lediglich um eine Verschiebung der Aufwendungen, da bei einer Wahrnehmung der Aufgaben eines Sozialarbeiters durch den Kinderschutzbund eine Kostenerstattung nicht aus den Personalkosten erfolgen könne.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen fasste anschließend folgenden einstimmigen **Beschluss:**

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nimmt von der Vorlage Kenntnis und empfiehlt dem Rat, den nachfolgend aufgeführten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt gemäß § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung / Auszahlung bei den Produktkonten 21300.445800 / 745800 (Erstattungen an übrige Bereiche - Kinderschutzbund) in Höhe von 15.000,00 € zu. ,

**10. Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf - Haushaltsjahre 2007 bis 2009 -
Vorlage: 2011 0949**

Herr Philipps erläuterte kurz die wesentlichen Punkte der Vorlage

Zu einigen Punkten des Schlussberichtes habe die Stadt Burgdorf gegenüber dem Landesrechnungshof Stellung genommen. Die Region Hannover habe ebenfalls eine Ausfertigung des Schlussberichtes erhalten, werde nach seinen Informationen allerdings keine Stellungnahme hierzu anfordern.

Anschließend wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt gemäß § 5 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalprüfungsgesetzes (NKPG) von der Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt des Schlussberichts des Niedersächsischen Landesrechnungshofes vom 16.05.2011 über die überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf – Haushaltsjahre 2007 bis 2009 – Kenntnis.'

11. **Haushaltssicherungskonzept 2011 - Ergänzung**
Vorlage: 2011 0947

Nach Rücksprache mit der Region Hannover – so **Herr Philipps** – wurde von dort erklärt, dass die jetzt vorgenommene Ergänzung zum Haushaltssicherungskonzept 2011 die geforderten Anforderungen erfülle.

Nach kurzer Diskussion über einzelne Einsparvorgaben wurde mit 5 Ja- und 4 Neinstimmen folgender **Beschluss** gefasst:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt gemäß § 82 Abs. 6 NGO das dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2011.'

12. **Beschluss über die Verkaufspreise und das Vergabeverfahren für die Baugrundstücke im Neubaugebiet "Flachsfeld 2" in Schillerslage**
Vorlage: 2011 0937

Herr Scholz erklärte, dass der Ortsrat Schillerslage eine einstimmige Empfehlung zur Vorlage ausgesprochen habe.

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nimmt von der Vorlage Nr. 2011 0937 Kenntnis und empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

Die Vergabe der Baugrundstück im Neubaugebiet „Flachsfeld 2“ in Schillerslage (Bebauungsplan Nr. 4-05) soll entsprechend den Ausführung zu Ziffer 2. dieser Vorlage durch die Verwaltung vorgenommen werden.

Im Neubaugebiet „Flachsfeld 2“ in Schillerslage beträgt der Verkaufspreis für die Baugrundstücke jeweils einschl. Ablösungsbeträge für den Erschließungsbeitrag 110,00 €/m² (zuzüglich Abwasserbeitrag und Anschlusskosten für die Versorgungsanschlüsse).'

**13. Transferleistungen an die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH (WBB)
Vorlage: 2011 0954**

Herr Philipps erklärte, dass es nicht möglich sein werde, dass sich die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH ohne Zuschussbedarf allein tragen können. Der steuerliche Querverbund sei jetzt genehmigt worden, so dass entsprechende Rückstellungen aufgelöst werden konnten. Dadurch sowie durch einen höheren Beteiligungsertrag der Stadtwerke Burgdorf GmbH benötigen die WBB nach derzeitigem Stand im Jahr 2011 lediglich einen Betrag von 65.000 € zur Liquiditätssicherung. Da im Haushalt 2011 ein Betrag von 627 T€ als Zuschuss für die WBB eingestellt sei, empfehle er, die vorgesehenen Mittel tatsächlich zu zahlen, damit die WBB dadurch in die Lage versetzt werden, ein im Jahre 2006 (zur Finanzierung des der Stadt zu zahlenden „Kaufpreises“ für die SWB-Anteile) aufgenommenes Darlehen fast vollständig zu tilgen. Damit würde sich die Leistungsverpflichtung der Stadt in den nächsten Jahren – wie in der Vorlage aufgeführt – erheblich verringern.

Herr Rheinhardt erklärte für die SPD-Fraktion, dass diese die Vorlage noch einmal beraten müsse und in der VA-Sitzung dann ein Beschluss gefasst werden könne.

Die Vorlage wurde somit im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen als behandelt betrachtet.

14. Anregungen an die Verwaltung

Herr Rohde sprach die den Ratsmitgliedern übersandte Liste über Mehrbelastungen der Kommunen durch neue Aufgaben an.

Hierzu erklärte **Herr Strecker**, dass die Liste noch ergänzt und mit entsprechenden Beträgen für in Burgdorf neu hinzu gekommene Aufgaben hinterlegt werde.

Herr Rohde bezog sich auf den Presseartikel in Bezug auf die Neuvergabe des Veranstaltungszentrums und erklärte, dass es nicht in Ordnung sei, dass hier vertrauliche Angaben durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung bekannt gegeben wurden.

Hierzu erklärte **Herr Strecker**, dass die Angaben in dem Artikel von einem Mitglied der Arbeitsgruppe an die Presse gegeben wurden und Herr Lahmann ‚dummer Weise‘ diese Angaben ‚bestätigt‘ hatte. Innerhalb der Verwaltung wurde noch einmal darauf hingewiesen, genau zu überlegen, welche Informationen durch Mitarbeiter/innen an die Presse gegeben werden.

Einwohnerfragestunde

Herr Dege fragte nach, ob Interesse daran bestehe zu erfahren, wie die Angelegenheit ‚Presseartikel i.S. VAZ‘ tatsächlich gelaufen sei. Er wies darauf hin, dass Herr Lahmann nicht die Quelle der Detailangaben war.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin